

## Wie eine gute globale Gesellschaft entsteht\*

AMITAI ETZIONI

**F**rancis Fukuyama formulierte die These, die ganze Welt sei im Begriff, den Kapitalismus und liberale demokratische Regime zu übernehmen, ein Prozess, den er mit dem Schlagwort vom »Ende der Geschichte« bezeichnete. Er räumt ein, dass sich viele Nationen noch »in der Geschichte« befinden, aber seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Blocks sieht er den Trend zu einer zunehmenden und weltweiten Dominanz des Individualismus. (Da bei den relevanten Werten und Institutionen der Respekt vor der individuellen Würde und Freiheit des Einzelnen im Mittelpunkt steht, der geschützt vor dem Staat seine eigenen politischen und ökonomischen Entscheidungen treffen kann, fasse ich diese Konzepte unter dem Begriff »Individualismus« zusammen.)

Die These von Fukuyama (und anderen, wie Mandelbaum und Zakaria, die ähnliche Argumentationslinien entwickelt haben) lautet, die ganze Welt sei im Begriff, die westlichen Werte zu übernehmen. Diese Theoretiker neigen dazu, die individualistischen Werte, die von nicht-westlichen Gesellschaften zunächst nur zögernd anerkannt, jetzt aber als zwingend begriffen würden, als »universell« zu betrachten.<sup>1</sup> (»Die Freiheit, die wir schätzen, ist kein Geschenk Amerikas an die Welt, sie ist Gottes Geschenk an die Menschheit«, wie Präsident George W. Bush diese Vorstellung formulierte.)<sup>2</sup> Wir sollten auch bedenken, dass von einem globalen Trend nationaler Entwicklungen die Rede ist, und nicht von der Entwicklung einer globalen Gesellschaft und Regierung. Zwar

---

\* Bei diesem Text handelt es sich um die deutsche Übersetzung des ersten Kapitels (im Original: »A Western Exclusive?«) aus dem von Amitai Etzioni verfassten Buch »From Empire to Community«, das 2004 bei Palgrave erscheint.

1. Einige Autoren behaupten, es gebe in den kulturellen Traditionen Asiens Werte, die den Menschenrechten des Westens vergleichbar seien. Vgl. zum Beispiel *Human Rights in Asian Cultures: Continuity and Change*, hrsg. von Jefferson R. Plantilla und Sebasti L. Raj, S.J. (Osaka: Hurights Osaka 1997).
2. William Kristol, »Morality in Foreign Policy«, *Weekly Standard*, 10. Februar 2003, S. 7.

wird festgestellt, dass China und Indien ihre Märkte schrittweise öffnen und liberalisieren, aber es ist keine Rede davon, dass in den Vereinten Nationen, in der Weltgesundheitsorganisation und in internationalen nicht-staatlichen Organisationen solche Veränderungen stattfänden.

## **Autonomie und Ordnung: auf der Suche nach der richtigen Balance**

Nach meiner Meinung ist die These, der Individualismus gewinne weltweit eine wachsende Anhängerschaft, zwar gültig, aber nur zur Hälfte richtig. Sie ist gültig, weil es trotz einiger Rückschläge (zum Beispiel in Lateinamerika) klare und sich mehrende Anzeichen dafür gibt, dass sich zahlreiche Nationen langsam (manche sogar sehr schnell) in diese Richtung bewegen. Sie ist nur zur Hälfte richtig, weil der Osten (obwohl er noch heterogener als der Westen ist) eigene Schlüsselwerte in den globalen Dialog einbringt und moralische Forderungen an den Westen stellt, von deren universeller Gültigkeit er noch überzeugter ist als der Westen von seinen Forderungen an den Rest der Welt. (Der Leser mag sich fragen, warum ich Fukuyamas halbe Wahrheit aufgreife und Huntingtons »Kampf der Kulturen« [»Clash of Civilizations«] weitgehend ignoriere, wo doch viele der Meinung sind, die Ereignisse des 11. September 2001 hätten seinen Ansatz bestätigt. In gewisser Weise ist meine ganze Studie, die den Titel »Der Dialog der Zivilisationen« tragen könnte, eine Antwort auf Huntingtons Standpunkt.)

Ehe ich fortfahre, möchte ich wiederholen, dass es nur eine erste Annäherung ist, wenn man, wie es häufig geschieht, von zwei normativen Ansätzen spricht, als wären keine weiteren vorhanden. Huntington verzeichnet neun Zivilisationen, andere haben noch längere Listen. In letzter Zeit war viel die Rede von den Unterschieden zwischen dem europäischen und dem amerikanischen Wertesystem. Es ließe sich eine ganze Bibliothek voller Bücher allein über die Unterschiede zwischen den verschiedenen Weltanschauungen des »Ostens« finden. Es gibt jedoch signifikante Gemeinsamkeiten zwischen den unterschiedlichen westlichen Überzeugungen einerseits sowie zwischen allen anderen andererseits. Es ist allgemein bekannt, dass sich der Westen insgesamt zu Rechten, Demokratie und Kapitalismus bekennt (obwohl die Länder in unterschiedlichem Maße bereit sind, letzteren in seiner Reinform zu übernehmen). Diese Überzeugungen sind von grundsätzlicher Bedeu-

tung für das Selbstverständnis des Westens und seine Einschätzung der anderen.

Ebenso, wenn auch weniger klar, haben alle nicht-westlichen Überzeugungs- und Wertesysteme (»belief systems«), die oft als östlich bezeichnet werden, einige wichtige Gemeinsamkeiten. Diese Gemeinsamkeiten mögen nicht in jeder einzelnen Kultur gelten, aber doch in den meisten, einschließlich jener großen Kulturen, denen viele Millionen von Menschen angehören. (Weil ich, wie viele andere, den Begriff »Osten« benutze, um alles zu bezeichnen, was nicht »Westen« ist, muss ich einen Ort für Lateinamerika finden. Für die Zwecke dieser Analyse ist es dort, wo die Geographen es hingestellt haben, nämlich ein Teil der westlichen Hemisphäre.)

---

Die These, der Individualismus gewinne weltweit eine wachsende Anhängerschaft, ist zwar gültig, aber nur zur Hälfte richtig.

---

Man könnte die normativen Positionen, die der Osten vertritt, als »autoritären Kommunitarismus« bezeichnen. Während bei der westlichen Position das Individuum im Mittelpunkt steht, ist der Fokus der östlichen Kulturen eine streng geordnete Gemeinschaft. In ihrer ausgeprägtesten Form sind die Leitsätze der östlichen Kulturen nicht individuelle Rechte, sondern soziale Verpflichtungen (gegenüber einer großen Zahl gemeinschaftlich geteilter Güter und verschiedenen Mitgliedern der Gemeinschaft); nicht Freiheit, sondern Unterordnung unter einen höheren Zweck und eine höhere Autorität, ob religiös oder säkular; nicht Anhäufung von Konsumgütern, sondern Dienst für einen oder mehrere Götter oder für gemeinsame Güter, die durch einen säkularen Staat artikuliert werden.

Diese Werte der sozialen Ordnung sind das Zentrum des Islam, der Kern verschiedener asiatischer Philosophien und Religionen, und sie spielen im traditionellen Judentum eine entscheidende Rolle. Diese These ist so weit verbreitet und so oft dokumentiert worden, dass ich nur ein paar Zitate anführe, um den Charakter dieser Weltanschauungssysteme ins Gedächtnis zu rufen. Lee Kuan Yew, der ehemalige Premierminister von Singapur, stellt beispielsweise fest:

»... als Gesamtsystem finde ich Teile [der Vereinigten Staaten] völlig inakzeptabel: Waffen, Drogen, Gewaltverbrechen, Stadtreicherei, ungebührliches Verhalten in der Öffentlichkeit – kurz gesagt, der Zusammenbruch der Zivilgesellschaft. Die Ausweitung der Rechte des Einzelnen,

sich so zu verhalten oder so schlecht zu benehmen wie es ihm gefällt, ist auf Kosten der wohl geordneten Gesellschaft gegangen. Diese aber ist das Hauptanliegen im Osten, so dass jeder seine Freiheiten optimal genießen kann. Diese Freiheit kann nur in einer geordneten Gesellschaft existieren und nicht in einem Naturzustand von Streit und Anarchie.«<sup>3</sup>

Ähnlich äußert sich Hau Pei-tsun, der ehemalige Premierminister von Taiwan:

»Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass man nach Erfolg strebt und seine Ideale verwirklicht, aber es ist noch wichtiger, die individuellen Erfolge zu akkumulieren, um sie zum Erfolg der Nation als Ganzes zu machen, und die Realisierung individueller Ideale führt zum Erreichen der Ziele der gesamten Gesellschaft ... Individuen in der Gesellschaft sind wie Zellen in einem Körper. Wenn der Körper gesund sein soll, muss jede Zelle gleichermaßen wachsen. Das Ziel der Erziehung ist, jeden Bürger zu einer gesunden Zelle im Körper unserer Gesellschaft zu machen ... Jeder sollte seinen Platz in der Gesellschaft genau kennen, eine angemessene Beziehung mit der Gesellschaft entwickeln und sich dann seine persönlichen Ziele setzen und für sie zu arbeiten beginnen.«<sup>4</sup>

Teil einer Gemeinschaft zu sein, ist zentral für islamische Lehren: »Von jedem Moslem wird erwartet, dass er für jene Verantwortung empfindet und übernimmt, die ihm nahe stehen, und sogar für andere, außerhalb seines unmittelbaren Umfeldes.«<sup>5</sup> (Mehr zum Islam später.) In der jüdischen Tradition, die ursprünglich in Asien begründet wurde und einige ihrer kommunitären Elemente bewahrt hat, schreibt Rabbi Herbert Bronstein, dass die

»... miteinander verbundene Begriffsgruppe (Thora, Mitzwa, B'rit) eine Geisteshaltung impliziert, die eine Autorität voraussetzt – eine Autorität, die das individuelle Ego und die persönliche Entscheidung transzendiert, wodurch das Gefühl einer Verpflichtung gegenüber einem »Anderen« jenseits des individuellen Selbst gefördert wird. Thora, Mitzwa und B'rit implizieren daher nicht nur das starke Gefühl einer Verpflichtung gegenüber Gott, sondern, da Gott das Bündnis mit der

---

3. Fared Zakaria, »Culture Is Destiny: A Conversation with Lee Kuan Yew«, *Foreign Affairs* 73, Nr. 2 (1994), S. 111.

4. Hau Pei-tsun, *Straight Talk* (Taipai, Taiwan: Governmental Information Office, 1993), zitiert nach Daniel A. Bell, *East Meets West: Human Rights and Democracy in East Asia* (Princeton, NJ: Princeton University Press 2000), S. 149–150.

5. Suzanne Hancef, *What Everyone Should Know About Islam and Muslims* (Chicago: Kazi Publications/Library of Islam 1996), S. 118.

Gemeinschaft Israels geschlossen hat, auch ein komunitäres Bewusstsein, ein Wir-Gefühl, das über das individuelle Ich hinausgeht.«<sup>6</sup> Den jüdischen Traditionen zufolge haben die Armen zwar kein Recht auf Wohlfahrt und Mildtätigkeit, aber die Mitglieder der Gemeinde haben die Verpflichtung, für die Armen zu sorgen. Diese Zitate verdeutlichen die Leitsätze, die für die Weltanschauungssysteme des Ostens charakteristisch sind.<sup>7</sup>

Außerdem erscheint aus all diesen Perspektiven der Westen als anarchisch, materialistisch, hedonistisch und lasziv;<sup>8</sup> die Bürger des Westens gelten als egozentrisch und auf beklagenswerte Weise jeder Gemeinschaft und Autorität beraubt.<sup>9</sup> Wenn eine solche Kritik am Westen geübt wird, reagieren dessen Repräsentanten und Sprecher häufig ebenso defensiv wie die des Ostens, wenn dessen mangelnder Respekt für Rechte und Freiheiten moniert wird. Der Westen hat in gewisser Weise Recht, wenn er darauf hinweist, dass der westlichen Gesellschaft der Sinn für Verantwortung, Gemeinschaft, Allgemeinwohl und Autorität keineswegs abgeht. Aber Soziologen wie Ferdinand Tönnies, Emile Durkheim, Robert Park, Robert Nisbet, Robert Bellah und seine Kollegen, Alan Ehrenhalt und ich haben – bestätigt durch neuere Daten, die kürzlich von Robert Putnam und Francis Fukuyama veröffentlicht wurden – auf den Trend im Westen hingewiesen, dass Autorität zunehmend delegitimiert wird, die Bande der Gemeinschaft geschwächt werden und das Gefühl der Verpflichtung gegenüber dem Allgemeinwohl abnimmt – zugunsten eines

---

6. Herbert Bronstein, »Mitzvah and Autonomy: The Oxymoron of Reform Judaism«, *Tikkun* 14, Nr. 4 (1999), S. 41.

7. Außer den hier angeführten Texten beschreiben andere Quellen die Leitsätze der östlichen Weltanschauungssysteme, unter anderem Geir Helgesen, der feststellte, dass fast 90 Prozent der Südkoreaner der Aussage zustimmten, dass »eine bessere Gesellschaft von der gesellschaftlichen Moral abhängig ist.« In: *Democracy and Authority in Korea* (New York, St. Martin's Press 1988), S. 94; und T. R. Reid, *Confucius Lives Next Door: What Living in the East Teaches Us About Living in the West* (New York: Vintage 2000).

8. Vgl. den »Brief an das amerikanische Volk«, angeblich von Osama bin Laden im November 2002 geschrieben und in englischer Sprache auf der Website des Londoner Observer veröffentlicht. Zugänglich unter: <http://www.observer.co.uk/Print/0,3858,4552895,00.html>.

9. Daniel Bell schreibt: »Die Ansicht, ein politisches System nach Art der USA würde zu einem gesellschaftlichen Zusammenbruch führen, ist in Asien weit verbreitet, und dies untergräbt die moralische Autorität der Amerikaner in der Region.« Vgl. Bell, a.a.O., S. 57.

Individualismus sowohl expressiver (psychologischer) als auch instrumenteller (ökonomischer) Natur. Kurz gesagt, hat der Osten überreichlich, was dem Westen fehlt, und umgekehrt.

Weil die Vereinigten Staaten die Parade des Individualismus angeführt haben (gefolgt von anderen Nationen angelsächsischer Herkunft – Großbritannien, Kanada und Australien – und mit dem Rest des Westens im Schlepptau), ist ihre Geschichte in dieser Frage besonders relevant. Manche Historiker haben die Vereinigten Staaten als eine Gesellschaft beschrieben, in deren Zentrum die Lockeschen Werte von Rechten, Freiheit und Individualismus stehen.<sup>10</sup> Heute herrscht weitgehende Übereinstimmung, dass in den Vereinigten Staaten seit ihrer Gründung sowohl eine starke kommunitäre als auch eine starke individualistische Strömung existieren, eine Synthese republikanischer Tugenden und liberaler Werte.<sup>11</sup> Da aber Autorität und gemeinschaftliche Institutionen sowie ein Gefühl der Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft in den ersten 190 Jahren der Republik stark und tief verwurzelt waren (während die amerikanische Gesellschaft sich entwickelte, kam zu der lokalen und regionalen Gemeinschaft noch die Nation als »imagined community« hinzu), stand im Mittelpunkt des Interesses die Erweiterung des Bereichs der individuellen Rechte, der demokratischen Regierungsform und der Marktkräfte. Dieses Interesse spiegelt sich darin, dass Personen ohne Vermögen erlaubt wurde, für ein Amt zu kandidieren, dass man das Wahlrecht (und viel später auch ein gewisses Maß an sozialen und ökonomischen Rechten) auf Frauen, Minderheiten und junge Erwachsene ausdehnte, dass man de jure und de facto die Rechte von Behinderten, Immigranten und Menschen mit abweichender sexueller Orientierung erweiterte, die direkte Wahl von Senatoren einführte, die Korruption der Regierung eindämmte und die Märkte deregulierte. Allerdings ist, wie schon häufig bemerkt, in den letzten Jahrzehnten – etwa seit den 1960er Jahren – in den Vereinigten Staaten und zunehmend auch in Europa etwas entstanden,

---

10. Louis Hartz, *The Liberal Tradition in America: An Interpretation of American Political Thought since the Revolution* (New York: Harcourt, Brace 1995).

11. Vgl. zum Beispiel Bruce Ackerman, *We the People* (Cambridge, MA: Belknap 1991); Bernard Bailyn, *The Ideological Origins of the American Revolution* (Cambridge, MA: Harvard University Press 1967); J. G. A. Pocock, *The Machiavellian Moment: Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition* (Princeton, NJ: Princeton University Press 1975); und Gordon Wood, *The Creation of the American Republic 1776–1787* (Chapel Hill: University of North Carolina Press 1969).

was man als Gemeinschaftsdefizit (oder als Mangel an Sozialkapital) bezeichnen kann. Das gilt auch für Autorität, was an einem hochgradigen Misstrauen gegenüber Führungspersonen erkennbar ist – von Lehrern bis zu gewählten Amtsträgern, von Generälen bis zu Geistlichen.

---

Westen und Osten tragen gleichermaßen zu einer neuen normativen Synthese bei, die ihrer Gesellschaft zu einem besseren Konzept verhilft, als es der Individualismus respektive der autoritäre Kommunitarismus allein bereitstellen könnte.

---

Während das Gemeinschaftsdefizit im Westen ein relativ neues Phänomen ist, ist der Mangel an stabilen kulturellen und institutionellen Fundamenten für individuelle Rechte, demokratische Regierung, freie Märkte und Individualismus seit langer Zeit in der Geschichte des Ostens offenkundig, trotz vieler Variationen im Lauf der Zeit und in unterschiedlichen Gesellschaften. Wie amerikanische Historiker, die zu Recht daran festhalten, dass die Vereinigten Staaten Gemeinschaft und Autorität nicht vollständig eingebüßt haben, postulieren auch Wissenschaftler aus dem Osten, dieser habe die Achtung für individuelle Würde nicht eingebüßt. Amartya Sen zum Beispiel betont, die Gelehrten in vielen unterschiedlichen Teilen Asiens hätten sich seit Jahrhunderten mit Theorien der Freiheit auseinandergesetzt.<sup>12</sup> Nur wenige Autoren bestreiten allerdings, dass diese individualistischen Elemente in der Regel schwach, häufig sehr schwach waren.

In einer relativ milden Form ist das, was als Freiheitsdefizit bezeichnet werden kann, noch in Japan anzutreffen. Bis vor kurzem jedenfalls erschien dieses Defizit in Form einer strikten informellen sozialen Kontrolle, die sich auch auf weite Teile des individuellen Verhaltens erstreckte. (»Der hervorstechende Nagel wird eingeklopft«, eine allgemein akzeptierte japanische Redensart, ist charakteristisch für den Druck der Gemeinschaft.) Die Japaner scheuen sich oft, individuelle Vorlieben, Wünsche oder Pläne zu verfolgen, weil sie ihr Leben damit verbringen, die Vorschriften ihrer Gemeinschaften hinsichtlich der Verantwortung gegenüber den Eltern, den Vorgesetzten, der Nation u.a. zu beachten.

---

12. Vgl. Amartya Sen, »Human Rights and Asian Values«, *New Republic*, 14. & 21. Juli 1997, S. 38–39.

Wer gegen diese zwar informellen, aber sehr detaillierten Gemeinschafts-codes und traditionell-autoritären normativen Ansprüche verstößt, wird bestraft und ausgegrenzt – und die Furcht hiervor garantiert in den meisten Fällen Anpassung.

Eine weit verbreitete und weniger milde Form der autoritären Gemeinschaft, die sich im Osten häufig findet, ist dann gegeben, wenn die Gemeinschaft in einen Staat und dessen normative Ansprüche eingebettet ist, wenn sie den Staat stärkt und nicht in erster Linie auf sozialen Bindungen und der Autorität der Älteren beruht. Dies gilt besonders in muslimisch regierten Ländern, wie etwa Afghanistan unter den Taliban oder Iran unter dem Ayatollah, weniger extrem auch in anderen Ländern, in denen die Scharia gilt, zum Beispiel Saudi-Arabien. Säkulare Versionen finden sich in Nationalstaaten, die ihre eigene Ordnung durchsetzen, wie Singapur, dem Irak unter Saddam und Syrien unter Assad. Wie die westlichen Länder sich in dem Ausmaß des Gemeinschaftsdefizits unterscheiden, unterscheiden sich die Länder des Ostens in dem Ausmaß des Mangels an Freiheit. So ist zum Beispiel das Freiheitsdefizit in Tunesien, Marokko und Qatar weniger drückend als in Myanmar und Malaysia. Dennoch ist es im Osten offenbar überall vorhanden.

Kurz gesagt, Westen und Osten tragen gleichermaßen zu einer neuen normativen Synthese bei, die ihrer Gesellschaft, ihrer politischen Ordnung und, wie wir sehen werden, ihrer Wirtschaft zu einem besseren Konzept verhilft, als es der Individualismus respektive der autoritäre Kommunitarismus allein bereitstellen könnte. Indem sie ihr jeweiliges »Surplus« zusammenbringen, werden die Elemente beider Lager vermischt und abgemildert. Wenn man den Begriff »besser« verwendet, erhebt sich sofort die Frage: Was wird als gut eingeschätzt? Bevor ich die These, dass der Osten wertvolle Beiträge zu der sich entwickelnden globalen normativen Synthese leisten kann, weiter ausführe und die Gültigkeit der vom Westen verbreiteten Werte überprüfe, muss ich zunächst klären, was als eine gute Gesellschaft betrachtet wird. Das Ergebnis liefert die Grundlage für gemeinschaftliche internationale Beziehungen, eine Richtlinie für die Außenpolitik der Länder auf der ganzen Welt. Die Vision einer guten Gesellschaft spielt schließlich eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, die moralische Kluft zu überbrücken und markiert einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem Primat der Menschlichkeit. Ein Fortschritt an dieser Front lässt sich am ehesten mit gemeinsamen Werten erreichen und nicht mit solchen, die aufeinander prallen – und auch nicht mit der Behauptung einer Seite, sie habe ein Monopol auf das Gute.



## Die gute Gesellschaft

Ehe ich darstelle, welchen spezifischen Beitrag Ost und West zu einem in einer neuen globalen Architektur verkörperten Kern gemeinsamer Werte leisten und wie diese Beiträge adaptiert werden könnten, will ich meine eigenen Kriterien für eine gute Gesellschaft offen legen. Ein Liberaler könnte einwenden, dass schon die Einführung des Begriffs einer »guten Gesellschaft« die Diskussion verzerrt. Tatsächlich sind heute viele der führenden Liberalen der Meinung, die Formulierung dessen, was gut ist, sollte dem Einzelnen und Entscheidungen über Richtig und Falsch sollten dem Privatbereich überlassen bleiben. Im Gegensatz dazu steht der Begriff der gemeinschaftlichen Formulierung des Guten im Zentrum der kommunitaristischen Position. Bei solchen Auseinandersetzungen wird allerdings leicht der Unterschied zwischen Gesellschaft und Staat übersehen. Es ist richtig, dass eine umfassende Durchsetzung der gemeinschaftlichen Formulierung des Guten mit einer ausgeprägt liberalen Gesellschaft unvereinbar ist.<sup>13</sup> Die Liberalen neigen dazu, die Durchsetzung des Guten durch die Regierung wegen des damit verbundenen Zwangs abzulehnen. Die gesellschaftliche Förderung des Guten – durch informelle Kontrollen – ist jedoch nicht mit Zwang verbunden. Es wird kein Zwang ausgeübt, um gemeinsame Normen durchzusetzen.<sup>14</sup> Sie werden von Menschen gefördert, die sich gegenseitig darin bestärken, zu tun, was getan werden sollte, und diejenigen zu tadeln, die das nicht tun.

Wenn wir davon ausgehen, dass nicht alle Menschen für alle Zeit aus Eigeninteresse auf antisoziales Verhalten verzichten, gibt es nur zwei Wege, ein positives Sozialverhalten zu unterstützen: Zwang oder informelle soziale Kontrollen. Wenn die informellen normativen Kontrollen intakt sind, können staatliche Interventionen minimiert werden, wie wir aus so verschiedenen Gemeinschaften wie israelischen Kibbuzim und amerikanischen Vorstädten wissen. (Es ist richtig, dass in früheren Zeiten – und in einigen Teilen der Welt noch heute – die Gemeinschaften repressiv wurden. Aber in modernen Gesellschaften, in denen es hohe Mobili-

---

13. Ich schreibe »umfassend«, weil, wie William A. Galston gezeigt hat, alle Staaten einige Werte durchsetzen und keiner völlig neutral ist. Vgl. William A. Galston, *Liberal Purposes: Goods, Virtues, and Diversity in the Liberal State* (Cambridge, MA: Cambridge University Press 1991).

14. Zur ausführlichen Diskussion vgl. Amitai Etzioni, *The New Golden Rule: Community and Morality in a Democratic Society* (New York: Basic Books 1996), S. 85–159.

tät und Vereinigungsfreiheit gibt, in denen die Menschen sich aussuchen, welchen Gemeinschaften sie sich anschließen und oft zwei oder mehreren angehören – zum Beispiel bei der Arbeit und am Wohnort – sind die normativen Kontrollen der Gemeinschaften eher sanfter Natur.) Jonathan Rauch, ein libertärer Denker, der sich für Gemeinschaftskontrollen einsetzte, bezeichnet seine Position als »weichen Kommunitarismus«. Er erklärt: »Ein weicher Kommunitarist ist ein Mensch, der tiefen Respekt für das empfindet, was ich als ›verborgene Gesetze‹ bezeichne: Normen, Konventionen, unausgesprochene Übereinkünfte und Volkswisheiten, die gesellschaftliche Erwartungen organisieren, das Alltagsverhalten regulieren und interpersonelle Konflikte regeln.«<sup>15</sup> Er weist auch darauf hin, dass die Beschämung, die mit diesen Verfahrensweisen häufig einhergeht, nicht angenehm, aber dem weit überlegen ist, was er ganz richtig als die realen Alternativen bezeichnet: entweder gesellschaftliche Anarchie und Anomie oder Zwangsmaßnahmen der Regierung.

---

Eine gute globale Gesellschaft muss – wie eine gute nationale Gesellschaft – Respekt vor den Rechten des Einzelnen mit einer Verpflichtung auf das Allgemeinwohl, Engagement für die schrittweise Entwicklung der politischen Demokratie sowie Recht und Ordnung verbinden.

---

Auf der Basis dieser Überlegungen beziehe ich mich auf die kommunitaristische Konzeption der guten Gesellschaft. Da ich deren Charakteristika an anderer Stelle beschrieben habe,<sup>16</sup> will ich hier nur drei wesentliche Kennzeichen der guten Gesellschaft erwähnen. Erstens, es ist eine Gesellschaft, die auf einer sorgfältig austarierten Balance zwischen Autonomie und sozialer Ordnung basiert. (Ich benutze den Begriff »Autonomie« in dem Sinne, dass er individuelle Rechte, eine demokratische Regierungsform und freie Märkte einschließt. Unter »sozialer Ordnung« verstehe ich eine Ordnung, die auf der Durchsetzung durch die Regierung und auf informellen, sozialen und normativen Kontrollen beruht, also der sogenannten »hard« und »soft power«.) Das heißt, es ist eine Gesellschaft, die wachsam Freiheit und Grundrechte schützt und zugleich eine Reihe von Verpflichtungen dem Allgemeinwohl gegenüber fördert,

---

15. Jonathan Rauch, »Confessions of an Alledged Libertarian (and the Virtues of ›Soft‹ Communitarianism)«, *The Responsive Community* 10, Nr. 3 (2000), S. 23.

16. Etzioni, *The New Golden Rule*, a.a.O.

wie etwa die Sicherheit der Heimat und den Umweltschutz. (Sie tut dies, auch wenn damit den Mitgliedern der Gesellschaft Verpflichtungen auferlegt werden, denen sie vielleicht nicht nachkämen, wenn sie sich selbst überlassen blieben. Daher die inhärente Spannung zwischen Autonomie und sozialer Ordnung.)

Zweitens überprüfen gute Gesellschaften ständig die Balance zwischen Autonomie und Ordnung. Da sie Balance halten wollen, neigen sie mal in die eine und dann in die andere Richtung und passen sich an, wenn sich der historische Kontext ändert (wie zum Beispiel in den Vereinigten Staaten nach den Terroranschlägen des 11. September 2001).<sup>17</sup>

Drittens kommt man einer guten Gesellschaft umso näher, je stärker die Gesellschaftsordnung auf moralischer Überzeugung und informeller sozialer Kontrolle (normativen Kontrollen) basiert, und je enger begrenzt die Handlungsbereiche sind, die durch den Staat kontrolliert werden. In den Vereinigten Staaten zum Beispiel ist das Rauchverbot, das für zahlreiche öffentliche Räume gilt und fast ausschließlich auf moralischer Überzeugung und informellen sozialen Kontrollen beruht, anderen, auf staatlichem Zwang beruhenden Verboten, wie etwa der Prohibition, weit überlegen. In einer guten Gesellschaft wird ein großer Teil der gesellschaftlichen Aufgaben erfüllt, weil die Menschen bestimmte Pflichten internalisiert haben – von der Betreuung ihrer Kinder bis zur Schonung der Umwelt, von wohltätigen Spenden bis zur Hilfe für Alte und Kranke –, die sie als moralische Verpflichtungen verstehen. Das heißt, die gesellschaftliche Ordnung einer guten kommunitaristischen Gesellschaft ist weitgehend eine weiche, indem sie einerseits die Rechte und Präferenzen ihrer Mitglieder respektiert und andererseits vorwiegend mit moralischen und sozialen Mechanismen sicherzustellen sucht, dass ihre Mitglieder ihren Pflichten gegenüber den anderen und dem Allgemeinwohl nachkommen, anstatt auf staatliche Polizeimaßnahmen zurückzugreifen.

Bestimmte Gesellschaften neigen in spezifischen historischen Perioden dazu, die Balance in die eine oder andere Richtung zu verschieben. In dem Bemühen, besser zu werden und dem gleichen gesellschaftlichen Grundmodell näher zu kommen, müssen sie dabei manchmal in entgegengesetzte Richtungen gehen. So mussten die Vereinigten Staaten aus der Perspektive eines guten Gesellschaftsmodells in den 1980er Jahren

---

17. Zu einer kommunitaristischen Einschätzung dieser Veränderungen vgl. Etzioni, *The New Golden Rule*, a.a.O.

und später die Bindungen der Gemeinschaft und das Vertrauen in die Autorität wieder herstellen, während China in derselben Periode mehr Platz für Autonomie schaffen musste – sowohl Autonomie gegenüber den Machthabern als auch gegenüber den Mitbürgern.<sup>18</sup> Mit diesem Konzept einer guten Gesellschaft als Maßstab oder Bewertungskriterium – angewendet auf eine sich entwickelnde globale Gesellschaft – können wir nun einschätzen, wie West und Ost an das globale »Geben und Nehmen« der Werte herangehen, die sowohl bestehende als auch künftige internationale Institutionen prägen sollten.

Das bisher Gesagte schließt zwei Hypothesen ein, die ich explizit nennen möchte. Ich erwarte erstens, dass sich schrittweise eine Art von globalem Modell der guten Gesellschaft entwickeln wird, ein Modell, das viele Nationen bejahen, selbst wenn es bei der detaillierten Interpretation seiner Charakteristika und den zur Einhaltung seiner Prinzipien notwendigen Fortschritten erhebliche Unterschiede gibt. Ich postuliere ferner, dass eine gute globale Gesellschaft – wie eine gute nationale Gesellschaft – Respekt vor den Rechten des Einzelnen mit einer Verpflichtung auf das Allgemeinwohl (z.B. die globale Umwelt), Engagement für die schrittweise Entwicklung der politischen Demokratie (zum Beispiel in einer grundlegend restrukturierten UNO) sowie Recht und Ordnung (etwa durch verstärkten Einsatz von Friedenstruppen) verbinden muss.

## **Die Freiheit: Vakuum oder weiche Ordnung?**

Der westliche Triumphalismus verwechselt Autonomie leicht mit der Abwesenheit von Regeln und Normen – kurz gesagt, mit einem moralischen Vakuum. Die Geschichte zeigt, dass die rigiden, gewaltsam erzwungenen Codes des Ostens nach ihrem Zusammenbruch durch eine andere Basis für die Gesellschaftsordnung ersetzt werden müssen. Es ist ein unwiderlegbares Faktum, dass jene Gesellschaften, die sich von ihren ausgeprägt »östlichen« Überzeugungen und Regelsystemen abwendeten und entschieden in die individualistische Richtung rückten, aber nur wenig neue gemeinsame Überzeugungen entwickelten, einen steilen Anstieg von an-

---

18. Zu den Unterschieden zwischen dem chinesischen und dem amerikanischen Gesellschaftsmodell vgl. Randall Peerenboom, *China's Long March toward Rule of Law* (New York: Cambridge University Press 2002).

tisozialem Verhalten erleben. In vielen ehemals kommunistischen Ländern und in Ländern, in denen ein repressives Regime gestürzt wurde, sind explodierende Kriminalitätsraten, Drogenmissbrauch, hohe Aidsraten, Vernachlässigung von Kindern und ein starkes Gefühl von Machtlosigkeit und Langeweile zu beobachten.<sup>19</sup> In manchen Gebieten ist die Unordnung so überwältigend (und die Arbeitslosigkeit so hoch, und die Jobperspektiven so düster), dass Millionen sagen, sie sehnten sich zurück nach den früheren autoritären Regimen.

Wegen der Bedeutung dieses Punktes und weil seine Implikationen für das Modell der guten Gesellschaft häufig übersehen werden, führe ich einige Daten an, um die Situation zu verdeutlichen. In Russland ist die Kriminalitätsrate zwischen 1989 und 1993 um 73 Prozent oder 1 180 000 Straftaten gestiegen. Die Mordrate stieg um 116 Prozent und die Zahl der Überfälle nahm um 81 Prozent zu. Kennzeichnend für den Zerfall der sozialen Strukturen ist, dass bei 63 Prozent der Schwerverbrechen die Opfer Freunde oder Verwandte der Täter waren.<sup>20</sup> Der ohnehin schon hohe Alkoholmissbrauch stieg zwischen 1989 und 1997 um 39 Prozent.<sup>21</sup> 1999 registrierte das russische Gesundheitsministerium 2 500 000 Fälle von »offiziellen« Alkoholikern, die sich in anerkannten Behandlungsprogrammen befanden. Die Statistiken für 2002 zeigen, dass Todesfälle durch Alkoholvergiftung seit 1991 um 155 Prozent auf mehr als 30 000 Fälle pro Jahr gestiegen sind.<sup>22</sup> (In den Vereinigten Staaten gibt es bei einer doppelt so hohen Bevölkerungszahl durchschnittlich 300 Fälle tödlicher Alkoholvergiftung pro Jahr.)

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind auch die Raten von Drogenmissbrauch und HIV-Infektionen stetig gestiegen. Im Jahr 2000 waren drei Millionen Russen (zwei Prozent der Bevölkerung) drogensüchtig, und die Zahl der HIV-Infizierten nähert sich der zwei-Millionengrenze.<sup>23</sup> Die Selbstmordrate in Russland ist zwischen 1989 und 2000

---

19. Liu Banyan und Perry Link, »A Great Leap Backward«, *New York Review of Books*, 8. Oktober 1998, S. 19.

20. Die Statistiken stammen aus dem *World Factbook of Criminal Justice Systems* (Band 1989–2001) und einem Bericht des Moskauer Regionalbüros der UNODC (Band 1995–2001).

21. Paul Quinn-Judge, »Russian Roulette«, *Time (International)*, 7. September 1998.

22. Quinn-Judge, »Russian Roulette«, a.a.O.

23. Patrick Richter, »U.S. Expert Outlines Social and Environmental Disaster in Russia«, World Socialist Web Site, 29. Oktober 1999. <http://www.wsws.org/articles/1999/oct1999/russ-a29.shtml>; 15.7.2003.

um 60 Prozent gestiegen.<sup>24</sup> (Im Jahr 2003 hatte Russland mit 37,4 Fällen auf 100 000 Einwohner die zweithöchste Selbstmordrate der Welt. In den Vereinigten Staaten liegt die Rate bei 11,1 auf 100 000 Einwohner.) Es gab auch einen deutlichen Anstieg der Verkehrsunfälle, des Waffen- und Devisenschmuggels sowie der Raubüberfälle. Ähnliche Entwicklungen zeigten sich in verschiedenen anderen ehemals kommunistischen Ländern, von Ostdeutschland bis China, obwohl bei den einzelnen Raten deutliche Unterschiede bestehen.<sup>25</sup> Natürlich gab es auch während der Herrschaft der gestürzten Regime antisoziales Verhalten, einschließlich Alkoholismus und Korruption; die Regime selber können gar als antisozial bezeichnet werden. Umso beunruhigender ist daher der Wunsch mancher Bürger dieser Länder, zu den »guten alten Zeiten« zurückzukehren. Dennoch können wir nicht leugnen, dass es nicht genügt, die Freiheit zu loben – es muss etwas gegen die neuen Formen antisozialen Verhaltens getan werden.

Erste Berichte deuten darauf hin, dass ein ähnlich antisoziales Verhalten in den Nationen zunimmt, aus denen die Taliban vertrieben wurden. In den ersten Tagen nach der Befreiung Kabuls waren die Pädophilen wieder da und gingen ihrer Obsession nach. Eine ähnliche Entwicklung gab es 2003 im Irak nach dem Sturz Saddams, wo Selbstjustiz so alltäglich war, dass im Land eine »Gesetzlosigkeit wie im Wilden Westen« herrschte.<sup>26</sup> Ein weiterer Beweis für antisoziales Verhalten in der Zeit nach dem Talibanregime ist die Opiumproduktion, die von 185 Tonnen im Jahr 2000 auf geschätzte 3 700 Tonnen im Jahr 2002 stieg; bevor die Taliban die Produktion stoppten, lag sie bei etwa 5 000 Tonnen.<sup>27</sup> Im Jahr

---

24. PBS Frontline, »Drug Abuse and Addiction«, *Facts and Stats of the Yeltsin Era*.

<http://www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/shows/yeltsin/etc/facts.html>; 15.7.2003.

25. Belinda Cooper, »The Fall of the Wall and the East German Police«, in *Policing in Central and Eastern Europe: Comparing Firsthand Knowledge with Experience from the West*, hrsg. von Milan Pagon (Ljubljana, Slowenien: College of Policy and Security Studies 1996). Zu einer Diskussion der Probleme in China vgl. Banyan und Link, »The Great Leap«, a.a.O.; Patrick E. Tyler, »China Battles a Spreading Scourge of Illicit Drugs«, *New York Times*, 15. November 1995, S. A1. Zu den wachsenden Problemen in der ehemaligen Sowjetunion vgl. John M. Kramer, »Drug Abuse in East-Central Europe«, *Problems of Post-Communism* 44 (1997), S. 35–36; Sharon L. Wolchik, »The Politics of Transition in Central Europe«, *Problems of Post-Communism* 42 (1995), S. 38.

26. »Dodge City on the Tigris«, *Economist*, 19. Juli 2003, S. 19.

27. David Rohde, »Afghans Lead World Again in Poppy Crop«, *New York Times*, 29. Oktober 2002, S. A1.

2002 hat Afghanistan den unrühmlichen Titel des »weltgrößten Produzenten von illegalem Opium« zurückerobert.<sup>28</sup> Der Mangel an Recht und Ordnung während des Wiederaufbaus hat Befürchtungen geweckt, Afghanistan könne sich rasch zu einem Drogenmafia-Staat entwickeln, der nur geringe Möglichkeiten hätte, demokratische Institutionen zu übernehmen.<sup>29</sup>

Dieser steile Anstieg von antisozialem Verhalten und Anomie – und was jenseits von verstärktem Polizeieinsatz dagegen zu tun ist – wird häufig nicht diskutiert, wenn zunehmend Autonomie (oder Individualismus) angepriesen oder exportiert wird; diese Probleme werden stattdessen als Kosten abgetan, die der Freiheit wegen getragen werden müssen, oder sie werden vereinfachend als ein Phänomen betrachtet, das nach einer Übergangsperiode, wenn der Lebensstandard steigt, verschwinden werde. Es gibt allerdings nicht nur die Alternative, entweder in einer autoritären Gesellschaft zu leben, regiert von religiösen Fundamentalisten, Kommunisten oder einer anderen staatlich verordneten Ideologie, oder in einer Gesellschaft mit grassierendem antisozialen Verhalten. Die Synthese von Autonomie und sozialer Ordnung, eine Synthese, die weitgehend auf moralischen Codes und normativen Kontrollen basiert, bietet einen besseren Weg.

Wenn die Notwendigkeit einiger gemeinsamer Überzeugungen akzeptiert ist, stellt sich für den Westen wie für den Osten in gleicher Weise die Frage, ob diese säkular sein oder spirituelle, vielleicht sogar weiche religiöse Elemente beinhalten sollen.

Während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts machten führende Philosophen und politische Denker, die die Schrecken von Faschismus und Kommunismus erlebt hatten und deren Stimmen in der Öffentlichkeit Gewicht besaßen, wie Hannah Arendt, Isaiah Berlin und Ernest Gellner, die Gefahren des Totalitarismus zum Mittelpunkt ihres Denkens. Daher widersprachen sie kategorisch dichten normativen Systemen und Visionen einer guten Gesellschaft, die sie als perfektionistisch oder utopisch verspotteten. Wenn es um die Frage ging, wie ein neues Gesellschaftsmodell aussehen könnte, wurden diese Systeme als Legitimation für Zwang im großen Stil betrachtet. Der Verzicht auf solche hochflie-

---

28. Bureau for International Narcotics and Law Enforcement Affairs, *International Narcotics Control Strategy Report*, März 2003, VII-3.

29. April Witt, »Afghan Poppies Proliferate: As Drug Trade Widens, Labs and Corruption Flourish«, *Washington Post*, 10. Juli 2003, S. A1.

genden Ideen und die Sicherung der Freiheit jedes Einzelnen, seine eigenen moralischen Vorstellungen zu formulieren und zu verwirklichen, wurde als Schlüsselgarantie gegen die Wiederkehr eines Hitler oder Stalin, von Konzentrationslagern oder Gulags betrachtet. Da aber diese Denker und ihre unzähligen Anhänger den Blick fest auf den Rückspiegel gerichtet hatten, sahen sie nicht das gewaltige Schisma, das vor ihnen lag: die Gefahr eines moralischen Vakuums und die Notwendigkeit, es mit einem moralischen Inhalt zu füllen, der mit Autonomie kompatibel ist, weil es sonst mit Inhalten besetzt wird, für die dieses nicht gilt.

## **Vom Export der Halbheiten zum »Service Learning«**

Die Grundzüge der sich langsam entwickelnden globalen Synthese werden erkennbar, wenn wir die hier skizzierte gute Gesellschaft als Beispiel heranziehen. In einer groben Annäherung könnte man sagen, dass der Westen das eine Kernelement des sich entwickelnden gemeinsamen Wertesystems und der globalen Architektur fördert, die Autonomie, während der Osten die soziale Ordnung befördert. Das amerikanische Außenministerium, der National Endowment for Democracy, Voice of America und andere Verfechter des westlichen Lebensstils kümmern sich natürlich nicht um die hohen Kriminalitätsraten im Westen, den weit verbreiteten Alkohol- und Drogenmissbrauch sowie andere Formen antisozialen Verhaltens, die eine geschwächte Gesellschaftsordnung widerspiegeln. Andererseits sagen die Fürsprecher einer sozialen Ordnung, die auf einer rigiden Interpretation des Islam basiert – die Ayatollahs im Iran, die Sittenwächter in Saudi Arabien und die Förderer einer strikten Einhaltung der Scharia anderswo – wenig zu den massiven Menschenrechtsverletzungen, der flächendeckenden Unterdrückung und den Verstößen gegen die Menschenwürde sowie zu den ökonomischen Kosten, die durch die Aufrechterhaltung einer straffen Gesellschaftsordnung verursacht werden. Das gilt auch für verschiedene autoritäre Regime Asiens, wie etwa Singapur, Malaysia und Myanmar. So lobt jede Seite die zwei Beine des Elefanten, die ihm am liebsten sind und übersieht dabei, dass dieser vier Beine braucht, um das Gleichgewicht zu halten.

Einer Weiterentwicklung der normativen Synthese wäre am besten gedient, wenn beide Seiten einen Ansatz verfolgten, den man als »Service Learning« (Lernen durch gemeinnützige Dienstleistungen) beschreiben könnte. Der Begriff Service Learning wurde bisher vor allem in der In-



nenpolitik verwendet, und richtet sich an Menschen, die für Arme und Minderheiten Erziehungsprogramme und Religionsunterricht durchführen oder Sozialleistungen anbieten. Sie sollen anerkennen, dass auch diese Gruppen einen Beitrag leisten können. Anstatt Menschen aus verschiedenen Subkulturen so zu behandeln als brächte man den Heiden die Erleuchtung, sollte man einsehen, dass wir von ihnen lernen können, während wir mit ihnen teilen, was wir für richtig halten.

---

Der Westen hat ein Modell exportiert, das seine eigenen Schwächen reflektiert – seine Defizite an Autorität und Gemeinschaft.

---

Man könnte einwenden, ein solcher Ansatz des Service Learning sei nur ein taktischer Zug. Die Menschen werden wahrscheinlich eher akzeptieren, was auch immer Peace Corps, Vista, AmeriCorps und andere ihnen auftischen, wenn das Personal Respekt zeigt und zu erkennen gibt, dass es von ihnen etwas lernen kann, statt sie nur als Bedürftige zu behandeln. Das ist durchaus möglich: Service Learning könnte eine produktivere Einstellung erzeugen als andere Ansätze. Aber es ist weitaus mehr als nur eine Einstellung. Junge Leute aus der Mittelklasse zum Beispiel sind gegenüber ihnen fremden Welten oft ungeheuer naiv. Wenn sie von Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund lernen, kann dies für sie ein Realitätstest sein und ihnen helfen, mit Menschen aus anderen Teilen der Gesellschaft (und der Welt) umzugehen.

Was aber wichtiger ist: Der Ansatz des Service Learning fordert von den Politikern und gewählten Amtsträgern, der Welt mit der festen Überzeugung (und nicht nur einer Public-Relations-Pose) gegenüberzutreten, dass sie, ihre Nation und ihre Ideologie kein Monopol für das Gute haben, dass andere Kulturen profunde und wesentliche Beiträge zu der sich entwickelnden globalen Synthese leisten können.

Wie schon erwähnt, behandeln die beiden Thesen vom »Ende der Geschichte« und »Zusammenstoß der Zivilisationen« die nicht-westlichen Teile der Welt, als hätten diese, wenn überhaupt, nur wenig zur Konzeption einer guten Gesellschaft – zumindest zu ihrer ökonomischen und politischen Gestaltung – und zur neu entstehenden globalen Architektur beizutragen. Es gab tatsächlich, vor allem bei den Ökonomen des Internationalen Währungsfonds (IWF) eine Tendenz, die Länder im Osten unter Druck zu setzen, damit sie reinere Formen des Individualismus verfolgten, als sie derzeit im Westen bestehen – zum Beispiel durch De-

regulierung und Öffnung ihrer Märkte nach außen. Außerdem hat der Westen – vor und nach dem Zusammenbruch des Kommunismus – sich aktiv darum bemüht, die Anerkennung der Rechte des Einzelnen und eine demokratische Regierungsform in Länder in aller Welt zu exportieren. Wie bereits erwähnt, hat er aber dazu tendiert zu vergessen, dass Autonomie (Rechte, Freiheit und eine demokratische Regierung) nicht in einem Vakuum gedeihen kann, sondern dass sie, zumindest zum Teil, auf dem Fundament von Kulturen und Mentalitäten, aber vor allem auf moralischen und sozialen Verpflichtungen ruht. Um es auf den Punkt zu bringen: Der Westen hat ein Modell exportiert, das seine eigenen Schwächen reflektiert – seine Defizite an Autorität und Gemeinschaft. (Ähnliche Thesen wurden sehr überzeugend und mit umfangreicher Dokumentation unter anderem von Thomas Carothers und Robert Kaplan formuliert.<sup>30</sup> Zusätzlich zu den hier vorgebrachten Argumenten verweisen die Autoren auf das Fehlen anderer, nicht-kommunitärer Elemente wie eine Mittelklasse und ein notwendiges Niveau von Einkommen und Bildung.)

Der Osten hat seine eigenen blinden Flecken. Die Tatsache, dass die Ideologien und Gesellschaftsmodelle, die der Osten »exportiert«, ordnungsorientiert sind und die Autonomie missachten, ist schon so oft beschrieben und kritisiert worden, dass sie hier nicht näher diskutiert werden muss. Ich führe hier deshalb nur die wichtigsten Erscheinungsformen an, zu denen die Überbetonung der sozialen Ordnung geführt hat. Wie andere Autoren bereits gezeigt haben, gibt es auffallende Ähnlichkeiten zwischen dem religiösen Fundamentalismus und den großen totalitären Bewegungen, besonders dem Kommunismus, einem Ansatz, den der Westen entschieden zurückgewiesen hat.<sup>31</sup> (Daher ist die Bezeichnung »totalitäre Religionen« voll und ganz zutreffend.) Ein wesentlicher Grund für den Zusammenbruch des Kommunismus, der jahrzehntelang als staatlich erzwungene Gesellschaftsordnung und Kommando- und Planwirtschaft auf der ganzen Welt propagiert wurde, war der fehlende Raum für Autonomie, sowohl in Bezug auf politische Äußerungen als auch wirtschaftliche Initiativen und Innovationen. Truppen oder bewaffnete Minderheiten mussten den Kommunismus anderen Völkern

---

30. Thomas Carothers, *Aiding Democracy Abroad: The Learning Curve* (Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace 1999); Robert Kaplan, »Was Democracy Just a Moment?«, *The Atlantic Monthly*, Dezember 1997, S. 55–71.

31. Vgl. Paul Berman, *Terror and Liberalism* (New York: W. W. Norton 2003); Amitai Etzioni, »Opening Islam«, *Society* 39, Nr. 5 (Frühjahr 2002), S. 29–35

häufig aufzwingen, weil er – in der hier verwendeten kommunitaristischen Terminologie – unausgeglichen war. Der Kommunismus war im Wesentlichen nicht exportierbar, besonders nicht in Länder, die mit der Autonomie schon eine gewisse Erfahrung hatten.

In letzter Zeit war das wichtigste vom Osten exportierte Gesellschaftsmodell das der totalitären Religionen, in erster Linie eine harte Variante des Islam (besonders der wahabitischen Sekte). Die von ihr erzwungene Gesellschaftsordnung ist äußerst strikt und umfassend und lässt fast keinen Raum für Autonomie. Der Fundamentalismus hat eine aktive expansionistische Agenda. Er versucht, sein extremes Modell der Gesellschaft in andere Länder und schließlich in die ganze Welt zu tragen.<sup>32</sup> Wie beim Kommunismus nehmen auch diese Bemühungen unterschiedliche Formen an, einschließlich der Agitation (zum Beispiel Imame, die in westlichen Ländern predigen und Konvertiten gewinnen), der bewaffneten Durchsetzung der Scharia durch einige Gesellschaftsgruppen gegenüber anderen (zum Beispiel in Nigeria) sowie bewaffneter Interventionen von Agenten oder Truppen eines Landes in einem anderen (zum Beispiel die Unterstützung von moslemischen Kräften in Bosnien durch wahabitische Kämpfer oder die wahabitische Unterstützung tschetschenischer Separatisten). Diese Regime, die unausgeglichen sind, weil sie die soziale Ordnung überbetonen und die Autonomie ignorieren, weil ihre Ordnung aufgezwungen wird und nicht auf informellen normativen Kontrollen basiert, scheinen auf die Dauer nicht tragbarer zu sein als der Kommunismus. Diese Situation zeigt sich in der wachsenden Opposition gegenüber den Mullahs und ihrem Regime im Iran,<sup>33</sup> in der Freude, mit der die Afghanen die Befreiung von den Taliban begrüßt haben und in der Bewegung verschiedener Republiken hin zu Formen des Islam, die für Autonomie mehr Raum bieten.

Kurz gesagt, der Westen wie der Osten neigen dazu, ihre eigenen Defizite nicht wahrzunehmen und nur die Hälfte der Elemente zu »exportieren«, die eine gute Gesellschaft ausmachen könnten, wenn sie miteinander verbunden und gleichzeitig von der jeweils anderen Seite übernommen würden.

---

32. Zu einem guten Charakterprofil von Menschen, die Extremisten werden, vgl. Jessica Stern, *Terror in the Name of God* (New York: Ecco/Harper Collins Publishers 2003).

33. Jon Sawyer, »Iran Clerics' Rule Facing Opposition; Dissidents Openly Challenge the Revolution of 1979«, *Saint Louis Post-Dispatch*, 2. Juli 2003, S. 4.